



Herrn
Bezirksbürgermeister
Markus Thiele

Frau
Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Bezirksvertretung Kalk
Kalker Hauptstr. 247-273
51103 Köln-Kalk

Marco Pagano
Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion
E-Mail: marco.pagano@stadt-koeln.de

HP Fischer
Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
E-Mail: Linke-BV8@stadt-koeln.de

Fardad Hooghoughi
FDB-Bezirksvertreter
Mobil: 0177 41 27 150
fardad.hooghoughi@fdp-koeln.de

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 24.11.2016

AN/1983/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	08.12.2016, TOP 7.3

**Ein Plan für den Kölner Osten: Wohnungsbau statt Autostau
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und des Bezirksvertreters Hooghoughi (FDP) vom 24.11.2016**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

das Land NRW hat angeboten, den Autobahnzubringer an der Olpener Straße/Hans-Schulten-Straße an die Stadt Köln zu übertragen. Das bedeutet neue Möglichkeiten und neue Perspektiven für die Entwicklung unserer Veedel, die es bisher nicht gab und mit denen wir die aktuellen und künftigen Herausforderungen unserer Stadt angehen können.

Unsere Aufgabe ist es, die sich eröffnenden Chancen vor Ort zu nutzen und einen Plan für die östlichen Stadtteile unseres Stadtbezirks mit einem ganzheitlichen, nachhaltigen und an den kommenden Klimawandel angepassten Veedelkonzept zu erarbeiten:

- Unsere Stadt wächst und wir brauchen dringend mehr und vor allem bezahlbaren Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner und diejenigen, die in den nächsten Jahren Teil unserer Gemeinschaft werden. Hierbei hilft nur der verstärkte Ausbau von Wohnraum. Mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen oder den Vorschlägen zur Bebauung der alten Madaus-Gärtnerei am Neubrücker Ring wurden 2016 bereits Möglichkeiten für mehr Wohnraum im Kölner Osten diskutiert. Die angekündigte Unterstützung des Landes bietet nun die Möglichkeiten, sich noch einmal das gesamte Gebiet neu anzuschauen,

Grenzen neu zu definieren und gemeinsam zu entscheiden, an welchen Stellen gebaut werden soll und wo nicht.

- Ein Plan für die Zukunft beinhaltet auch, dass wir eine zusammenhängende Infrastruktur schaffen müssen: Vom Öffentlichen Personennahverkehr, über Car- und Bike-Sharing bis hin zum motorisierten Individualverkehr. Es gilt zu erarbeiten, wie die Verkehre der Zukunft verlaufen sollen. Eine verbindende Bahnlinie zwischen den Linien 1 und 9 wird kommen. Doch es macht Sinn, eine solche Investition in unsere Infrastruktur in einen umfassenden Plan einzubauen. Dies bietet auch die Möglichkeit, eine Realisierung der neuen Bahnverbindung zu beschleunigen und so zusätzliche Verkehre umzuleiten.
- Infrastruktur bedeutet auch, dass für die Zukunft ausreichend Bildungs- und Betreuungsplätze wohnortnah vorgehalten werden. Schon heute sind die Kapazitäten in den Stadtteilen Brück, Merheim, Neubrück und Rath/Heumar ausgeschöpft und müssen ausgebaut werden. Dieser Ausbau wird in einer wachsenden Stadt eine weitere Herausforderung bleiben, mit der wir dort wo die Menschen in unserem Bezirk die Plätze brauchen, sie auch schaffen müssen. Auch um zusätzliche Verkehre zu verhindern.
- Bisher ist es trotz großen Einsatzes nicht ausreichend gelungen, z.B. für den Stadtteil Merheim ein passendes Angebot an seniorengerechtem Wohnen zu realisieren. Eine neue Gestaltung des Gebiets zwischen Brück, Neubrück und Merheim bietet hierfür ebenfalls eine Möglichkeit, die es zu berücksichtigen gilt.
- Bei einer möglichen Erweiterung bestehender Stadtteile ist dringlichst zu beachten, dass der „alte“ Stadtteil nicht abgehängt wird, sondern im Laufe der Entwicklung eine Sanierung und Modernisierung, sowie mögliche Anpassung an den kommenden Klimawandel erfährt.

Bei allen möglichen Plänen besteht parteiübergreifend und in der Bevölkerung Einigkeit darüber, dass die Freifläche zwischen Rather Kirchweg, Eiskaulenweg und Leimbacher Weg zu erhalten ist.

In Deutz und Mülheim-Süd werden gerade Kapitel der Stadtentwicklung geschrieben. Die dortigen Häfen entwickeln sich, auch dank starker Bürgerbeteiligung, weiter. Teilweise aber leider zu Gebieten und Blocks mit teuren Wohnungen, die eine Durchschnittsverdiener*in sich nicht erlauben kann. Nicht umsonst haben DGB und Mieterverein gefordert, dass neben den vorgesehenen 30 Prozent sozial-geförderten Wohnungsbau weitere 40 Prozent günstiger Wohnraum in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand entstehen soll. Daran müssen wir auch in unserem Stadtbezirk anknüpfen. Wir brauchen einen Plan für den Kölner Osten.

Wir würden es begrüßen, hierfür die GAG Immobilien AG als kompetenten und starken Partner für die Quartiersentwicklung gewinnen zu können oder andernfalls die Wohnungsbaugesellschaft der Stadtwerke damit zu beauftragen, wie dies z.B. auch die Wirtschaftsdezernentin in ihrer Wohnungsbauffensive vorsieht. Wir müssen dabei gemeinsam mit den Menschen vor Ort klare Bedingungen stellen, was Teil dieses Plans ist, was möglich sein kann oder auch nicht. Und die Zeit hierfür ist jetzt!

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, analog vergleichbarer Verfahren wie in Deutz, Parkstadt Süd und Mülheim Süd, kurzfristig mit einer Machbarkeitsstudie inkl. notwendiger Berechnungen und der Erarbeitung von Entwürfen zu beginnen, um einen Plan für die zukünftige Entwicklung des Kölner Ostens - also der Stadtteile Brück, Merheim, Neubrück, Rath/Heumar und der Zwischenflächen - unter Berücksichtigung des Rückbaus des Autobahnzubringers (Olpener Straße/Hans-Schulten-Straße) zu erarbeiten.
2. Dabei sind sowohl die zukünftige Verkehrsentwicklung und -lenkung (ÖPNV, motorisierter Individualverkehr, Car- und Bike-Sharing etc.), die wohnortnahe Schaffung von ausreichend Betreuungs- und Bildungsplätzen, die Nahversorgung, Sportanlagen, das Freizeit und Kulturangebot, Grünflächen sowie Grün- und Luftzüge, die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum, von Arbeitsplätzen und die durch die Veränderungen bedingten Auswirkungen auf das Stadtklima (Klimagutachten) zu berücksichtigen.
3. Ein möglichst großer Teil der bestehenden und entstehenden Freiflächen insbesondere zwischen Rather Kirchweg, Eiskaulenweg und Lehmbacher Weg soll unberührt bleiben und sind bei der Planung auszulassen.
4. Für dieses Verfahren ist ein geeignetes Verfahren zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung anhand von Workshops sowie aufsuchender und aktivierender Befragung (analog der Gemeinwesenarbeit) vorzusehen, deren Ergebnisse Eingang in die Entwürfe finden sollen.
5. Die Stadt Köln bemüht sich um Fördergelder für dieses Projekt, sowohl beim Land NRW als auch beim Bund (z.B. „Klimagerechtes Flächenmanagement“) und um aktive Beratung durch die „aktion-fläche“ (www.aktion-flaeche.de wird vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, und dem Institut Raum & Energie, Wedel. Auftraggeber ist das Umweltbundesamt. Angeboten werden Fachinformationen darüber, wie Flächensparen vor Ort umgesetzt werden kann. Das Portal ist zugleich ein Angebot der Kommunikation und Vernetzung für Flächenakteure vor Ort).

Mit freundlichen Grüßen



Marco Pagano
SPD-Fraktionsvorsitzender



HP Fischer
Fraktionsvorsitzender
der Fraktion DIE LINKE.



gez. Fardad Hooghoughi
FDP-Bezirksvertreter